

Programm der AfD Falkensee zur Kommunalwahl 2024

1. Das sind die Gründe, weshalb wir kandidieren

Der Ortsverband der AfD in Falkensee legt hiermit sein Programm zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024 vor. Wir wollen den Bürgern unserer Heimatstadt einen Überblick über die wichtigsten politischen Forderungen und Ziele geben, die wir uns für die kommende Wahlperiode 2024 bis 2029 gestellt haben.

Die ablaufende Wahlperiode 2019 bis 2024 war geprägt von starken Meinungsunterschieden innerhalb der Stadtgesellschaft und auch in der Stadtverordnetenversammlung (SVV), wo es oft zu polarisierenden Auseinandersetzungen mit anderen Fraktionen kam.

Seit 2019 haben wir die SVV dazu genutzt, das Recht der Bürger auf Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit immer wieder neu einzufordern. Das galt für unsere eigenen Redebeiträge und Anfragen, wo wir uns oft gegen absurde Nazi-Vorwürfe verteidigen mussten, aber auch bei Versammlungen von Bürgergruppen unter freiem Himmel, die von Hunderten von Teilnehmern besucht wurden. Auch für Veranstaltungen in der Stadthalle, wo man von links-grüner Seite versuchte, das Rederecht bestimmter Redner zu unterlaufen, oder im Umfeld der Montagsspaziergänge haben wir uns für diese Bürgerrechte eingesetzt.

Als Schwerpunkt des politischen Streites, den wir zur Zeit gegen die Ampel, die Linke und die CDU führen, hat sich die Energiewende herausgebildet. Immer mehr Menschen wird klar, dass Rot-Gelb-Grün und Schwarz mit dem sogenannten "Klimaschutz" eine Politik des Irrsinns eingeschlagen haben, die unser Land wirtschaftlich in den Abgrund führt.

Unsere Überlegungen, wie wir die Probleme auch in Falkensee noch in den Griff bekommen können, haben wir in diesem Programm dargestellt. Wir können es aber nur in die Realität umsetzen, wenn wir bei der Kommunalwahl die Mehrzahl der Stimmen erhalten. Das ist die Entscheidung, die Sie als Wähler treffen müssen.

2. Gebäudeenergie und Heizung

Mit dem neuen Gebäudeenergiegesetz (GEG) zwingt die Bundesregierung die meisten Hausbesitzer ab 2024, nur noch Heizungen mit mindestens 65 % Erneuerbaren Energien einzubauen. Das bedeutet in den meisten Fällen eine Wärmepumpe, die mit Strom betrieben wird. 2023 erfolgte angeblich 52 % der Stromerzeugung in Deutschland durch Erneuerbare Energien, vor allem durch Windkraft und Photovoltaik (PV); die übrigen 48 % des Stroms wurde durch Kohle, Erdgas und Kernenergie (aus dem Ausland) erzeugt. Weil aber an vielen Tagen, bei Dunkelflaute, nur weniger als 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, müssen Verbrennungskraftwerke für mindestens 70 Prozent des Strombedarfs ständig einsatzbereit sein. Diese Kraftwerke erzeugen notwendigerweise auch entsprechende CO₂-Mengen. Eine CO₂-freie Stromerzeugung ist daher niemals zu realisieren. Aber physikalische Gesetze sind für die Kartellparteien Schall und Rauch.

Die Ampelregierung ist noch weit davon entfernt, 65 % erneuerbare Energien für den Stromverbrauch oder Heizung bereitzustellen. Das Defizit wird sich noch vergrößern, weil immer mehr Wärmepumpen eingebaut werden und die erneuerbare Stromerzeugung damit nicht Schritt halten kann. Hinzu kommen steigende Zahlen von Elektrofahrzeugen, die vor allem nachts aufgeladen werden. Zusammen mit den Wärmepumpen führt das nachts zu Spitzenbedarf, wenn gleichzeitig der Solarstrom komplett fehlt. Alle in der Erde verlegten Stromleitungen, in Falkensee und überall, müssten verstärkt werden, was aber nur Sinn macht, wenn genügend Strom produziert werden kann. Und wenn zu den E-Autos auch noch elektrische LKWs, Busse, Landmaschinen sowie E-Fuels für Schiffe und Flugzeuge dazukämen, außerdem die Industrie,

dann würde der Strombedarf ins Astronomische steigen. Das ist durch Erneuerbare niemals zu leisten.

Alle Gemeinden werden demnächst zur "Kommunalen Wärmeplanung" verpflichtet, mit der die Häuser, auch in Falkensee, von einigen zentralen Wärmeerzeugern beheizt werden sollen. In Falkensee wäre das Konzept der Fernwärme von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil es in unserer Region Produktionsprozesse, Müllverbrennungsanlagen usw. mit ausreichender Abwärme nicht gibt. Abgesehen davon müssten in einer Flächenstadt wie Falkensee sämtliche Straßen, die jahrelang mühsam ausgebaut und von den Bürgern teuer bezahlt wurden, wieder aufgerissen werden, um dicke isolierte Heizungsrohre zu verlegen. Ein kompletter Irrsinn, aber soweit denkt Rot-Grün-Gelb nicht. Es bleiben nur Verbrennungskraftwerke mit CO₂.

Als letzten Notnagel propagiert nun die Ampel die Umstellung von Bedarfsprinzip zum Angebotsprinzip: Der Bürger darf den Strom nur nutzen, wenn gerade genug im Netz vorhanden ist. Waschmaschine also nur dann, wenn der Wind weht: Die neuen intelligenten Stromzähler sind auf den Irrsinn schon vorbereitet. Mit einem neuen Gesetz zur „Spitzenglättung“ soll bei einer Überlastung des Stromnetzes dem Energieversorger die Möglichkeit gegeben werden, Abschaltungen beim Laden von E-Autos oder beim Betrieb von Wärmepumpen durchzuführen.

Die AfD in Falkensee wird alles unternehmen, diesen Wahnsinn zu stoppen. Wir wollen eine Rückkehr zu den bewährten Versorgungsplattformen für Strom und Heizung. Wir wenden uns strikt dagegen, dass eine Solarpflicht auf Wohn- oder Gewerbegebäuden eingeführt wird. Jeder soll die freie Wahl haben, sein Haus, seine Wohnung so zu heizen, wie es für ihn am günstigsten ist. Beim Strom gehört dazu vor allem die Rückkehr zur Kernenergie. Der Einsatz unterschiedlicher Energieträger würde dazu beitragen, dass die vorhandene Infrastruktur weiter genutzt werden kann. Nur so kann es eine Versorgung geben, die preisgünstig und unterbrechungsfrei funktioniert.

3. Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Grünflächen

Die Einwohnerzahl von Falkensee ist seit 1990 ständig gewachsen. In letzter Zeit hat sich der Anstieg noch beschleunigt und wird weiter zunehmen, und die ausufernde Wohnbautätigkeit in der Stadt verstärkt diesen Prozess. An etwa 12 Stellen der Stadt werden zur Zeit Wohnungsbau-Projekte mit bis zu achtstöckigen Geschossbauten fertiggestellt oder sind geplant. Insgesamt sind es ca. 2.150 Wohnungen für ca. 6.500 Menschen. In das größte Quartier an der Adlerstraße/Falkenstraße werden bis 2025 über 400 Familien, d.h. über 1000 Personen einziehen. Die jetzigen Bewohner in diesem Stadtteil befürchten schon jetzt, dass eine Überfüllung ihres Wohnviertels auf sie zukommt. Der bisherige Ausblick auf grüne Natur- und Erholungsflächen ist schon jetzt größtenteils verlorengegangen.

Wir unterstützen die jetzigen Bewohner bei ihrer Forderung, keine weitere Verdichtung in dieser Ausdehnung und Höhe zuzulassen. Falkensee hat in den letzten Jahren viel von seinem historischen Charakter als Gartenstadt verloren. Der Bau von kleineren Einheiten (Ein- bis Zweifamilienhäuser, Reihenhäuser und kleine Miethäuser mit Garten) ist immer mehr zurückgegangen. Für diese stehen nur noch wenige Lücken zur Verfügung. Wir fordern daher seit Langem in der SVV die Erschließung neuer Baufelder, wo mehr Familien ihren Traum vom Eigenheim mit Zugang zur Natur zu erträglichen Baupreisen verwirklichen können. Wir wollen erreichen, dass sich der Anteil der Eigenheime im Vergleich zu den Mietwohnungen wieder erhöht, damit die Gartenstadt erhalten bleibt.

In den Wohnquartieren mit Tausenden von Mietwohnungen fehlen schon jetzt genügend Supermärkte und andere Geschäfte des täglichen Bedarfs. Schulen, Kitas usw. sind dort randvoll, aber es ist bisher nur eine neue Kita geplant. Die Überfüllung ist absehbar. Auch deshalb verlangen wir weitere Kindereinrichtungen anstelle von großen Mietshäusern.

4. Verkehrswege, Infrastruktur

Falkensee verfügt über ein sehr weitläufiges Stadtgebiet, in dem wir die meistbefahrenen Straßenverbindungen möglichst leistungsfähig und bequem gestalten wollen. Zur Zeit läuft die Planung zum Ausbau des Havelländer Wegs zwischen Friedrich-Engels-Allee und Nauener Straße. Nach Fertigstellung dieses Abschnitts wollen wir den Ausbau mit dem zweiten Abschnitt durch den Wald bis zur Schönwalder Straße (L20) unverzüglich fortsetzen. Dieser Abschnitt hat die Funktion einer Umgehungsstraße. Wir sind sicher, dass auf diese Weise die innerörtlichen Staus im Bereich Falkenhagener Straße / Rathauskreuzung drastisch reduziert werden können. Außerdem werden dadurch die Fahrzeiten vom westlichen Teil Falkensees bzw. von Dallgow nach Schönwalde deutlich verkürzt.

Wir legen Wert darauf, dass über die gesamte Länge des Havelländer Wegs, wie auch bei anderen Ausbaustrassen, die Fahrbahn für die Autos möglichst breit wird, mit Parkstreifen für Autos. Dabei sollen für Radfahrer und Fußgänger getrennte Wege, durch Bordstein erhöht und abgetrennt, eingerichtet werden, wo immer es möglich ist. Auf diese Weise wird für alle Verkehrsteilnehmer eine maximale Sicherheit erreicht. Alle Überlegungen unter dem Vorwand des Naturschutzes o.ä., die darauf abzielen, wegen einzelner Bäume den Straßenraum einzuengen, lehnen wir ab.

Ebenso lehnen wir die weitere Einrichtung von Radfahrstreifen ab, die nur auf beiden Seiten der Fahrbahn aufgemalt sind. Sie werden in vielen Straßen kaum genutzt und verhindern nur, dass Anwohner und Besucher dort parken können. Jeden Versuch von Rot/Grün, den Autoverkehr zu einzuschränken, werden wir nach Möglichkeit bekämpfen.

5. Elektromobilität, Photovoltaik

Der Absatz von Elektroautos ist in letzter Zeit rückläufig, weil immer mehr Autofahrer erkennen, dass die Versprechungen von Politikern und Autoherstellern oft nicht der Realität entsprechen. Trotz bisheriger großzügiger Förderung überwiegen die Nachteile bei Wirtschaftlichkeit, Reichweite, Ladezeiten, Brandgefahr u.v.m. Da im Dezember 2023 die Förderung gestoppt wurde, wird sich die Elektromobilität nur behaupten können, wenn sie unter Marktbedingungen gegen Verbrennerautos konkurrenzfähig wird. Das wird aber immer unwahrscheinlicher. Deswegen wird die AfD-Fraktion wie bisher dafür eintreten, dass für die Stadtverwaltung keine E-Fahrzeuge mehr angeschafft werden. Bisher wurden von der Stadt aus politisch-ideologischen Gründen, als "Vorbild", auch E-Autos gekauft. Wir lehnen es jedoch ab, die Stadtverwaltung als Lehrmeister für die Kaufentscheidungen der einzelnen Bürger zu missbrauchen, und setzen auf die jahrelangen Erfahrungen der Autofahrer, die sich meistens pro Verbrenner entscheiden.

Im Bereich der Photovoltaik wurde die Stadtverwaltung beauftragt zu ermitteln, auf welchen städtischen Gebäuden eine Errichtung von PV-Anlagen sinnvoll sein könnte. Auch hierbei gilt für uns der Grundsatz, dass eine PV-Installation dort nur in Frage kommen kann, wenn sie auch ohne Einrechnung von Fördergeldern wirtschaftlich ist. Denn die Förderung ist kein Plus für die Stadt, wenn das Geld andererseits vom Bürger durch höhere Steuern bezahlt wird, sondern sie ist ein Taschenspielertrick. Wie bei der E-Mobilität gilt auch für PV-Anlagen, dass wir sie nur insoweit befürworten, wie sie sich auf dem freien Markt als leistungsfähig, zuverlässig und rentabel durchsetzen. Das ist aber wegen der häufigen Dunkelflaute (kein Wind, keine Sonne) nur in sehr begrenztem Umfang der Fall.

6. Sicherheit, Ordnung, Katastrophenschutz

In dem geplanten Containerheim in der Spandauer Straße sollen 2024 bis zu 400 weitere Asylanten einziehen. Es ist zu befürchten, dass sich dadurch die Sicherheitslage in der Stadt maßgeblich verschlechtert. Viele Gemeinden haben solche Erfahrungen gemacht, bis hin zu

schweren Gewalttaten von Seiten der Asylbewerber. Leider müssen sich unsere Sicherheitskräfte darauf einstellen. Unsere Position ist klar: Wir lehnen die Errichtung neuer Flüchtlingsheime in Falkensee generell ab.

Falkensee leidet schon jetzt unter einer ausufernden Einbruchskriminalität. Einer weiteren Belastung durch importierte Gewaltkriminalität muss die Stadt entgegenwirken, indem das Personal bei Polizei, Ordnungsamt und Rettungsdiensten erheblich verstärkt wird. Dazu kann auch das Personal des Ordnungsamtes in die verstärkte Streifentätigkeit im Stadtgebiet eingebunden werden.

Die Aufgabenbewältigung der Feuerwehr insbesondere für Brand- und Katastrophenschutz soll durch den Bau einer zweiten Feuerwache in der Finkenkruger Straße verbessert werden, die u.a. zu kürzeren Eintreffzeiten der Einsatzfahrzeuge in den Südbezirken führen wird. Wir treten dafür ein, dass für die Warnung bei Katastrophen voneinander unabhängige Alarmsysteme in Betrieb genommen werden, wie z.B. Sirenen und Handy-Apps. Diese Systeme müssen regelmäßig getestet werden, um ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Wir wollen erreichen, dass das Sicherheitsdenken bei unseren Mitbürgern geschärft wird.

7. Asyl, Migration und Flüchtlinge

Der Kreistag Havelland hat im September 2023 mit den Stimmen der Altparteien gegen die AfD beschlossen, dass in Falkensee eine weitere Unterkunft für Asylanten und Flüchtlinge errichtet wird. Dieses Containerdorf mit ca. 400 Plätzen soll auf der Wiesenfläche an der Spandauer Straße entstehen. Fertigstellung soll im Mai 2024 sein. Nur für den Bau werden 5 Mio. Euro Steuergelder ausgegeben; hinzu kommt dann die Versorgung, die mit ca. 45.000 EUR pro Jahr und pro Bewohner veranschlagt wird.

Es ist zu vermuten, dass sich damit die Gefahr von Straftaten in der Stadt deutlich erhöht. Wir sind davon überzeugt: Die Mehrheit der einheimischen Bürger wollen keine weitere Massenzuwanderung aus dem Orient und aus Afrika. Die große Demonstration am Bauplatz in der Spandauer Straße im Januar 2024 hat das eindrucksvoll gezeigt. Wir werden mit allen legalen Mitteln, die uns in der Stadtpolitik zur Verfügung stehen, gegen dieses und jedes andere neue Asylheim in der Stadt Widerstand leisten. Dafür haben wir erfahrene Stadtpolitiker zur Kommunalwahl aufgestellt wie auch neue Kräfte, die unsere Fraktionsarbeit verstärken werden.

Statt einer sogenannten "Willkommenskultur" für massenhaft Zugewanderte wollen wir eine Abschiebekultur unterstützen. Das beginnt mit dem Stopp der Finanzierung für alle möglichen Gruppen und Projekte, die seit Jahren das Ziel verfolgen, viele Migranten in die Stadt zu schleusen und sie hier sesshaft zu machen, und geht bis zu Sachleistungen statt Geldleistungen, bis die Illegalen abgeschoben werden. Die Stadtverwaltung muss die Remigration effektiv unterstützen, soweit es juristisch möglich ist.

Auch der Kriegsausbruch im Nahen Osten zwischen Israel und der Hamas hat gezeigt, dass das Zusammenleben von Kulturen mit völlig gegensätzlichen Wertesystemen immer wieder in tödliche Gewalt umschlagen kann. Deshalb fordern wir einen sofortigen Stopp der Masseneinwanderung aus islamischen Ländern sowie stationäre Grenzkontrollen.

8. Bildung, Kultur und Sport

Im Frühjahr 2024 soll das neue Hallenbad in Falkensee eröffnet werden. Der Bau wurde nur möglich, weil sich die große Mehrheit der Falkenseer in einem Bürgerentscheid 2020 dafür ausgesprochen hat. Wir als AfD haben den Bau von Anfang an befürwortet gegen den ideologischen Widerstand der Grünen, die das Projekt aus Gründen des „Klimaschutzes“ verhindern wollten. Wir werden auch weiterhin die vielseitige Entwicklung der Sportlandschaft in der Stadt unterstützen. Wenn das Hallenbad so stark besucht wird, wie es der Zuspruch bisher

gezeigt hat, halten wir eine zukünftige Erweiterung des Hallenbads für sinnvoll und auch möglich.

Die Kitas und Horte müssen an einigen Stellen ausgebaut werden. Insbesondere wollen wir einen Hort gegenüber der Diesterweg-Grundschule bauen lassen, wo das Baufeld F 93 zur Zeit neu beplant wird. Die vorgesehenen Wohnbauten mit 5 Etagen wollen wir dort verhindern und stattdessen auch einen neuen Einkaufsmarkt sowie ein Gesundheitszentrum errichten. Die Grünflächen sollen zur Erholung und zum Sport erhalten bleiben.

Mit dem neuen Hort erreichen wir, dass die Schüler keinen kilometerlangen Weg mehr bis zum jetzigen Hort zurücklegen müssen, was mit Gefahren verbunden war.

AfD-Ortsverband Falkensee

Februar 2024